

fortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der maydenischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Bestreemngen und infolge der Handlungslosigkeit, die in den Schicksalen der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ertragen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden auszuhandeln.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Volk festgerüstet und wehrt fester als alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich, und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unser bestes Ausflchten ist es geblieben, den Kampf abzumachen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten ein solches Opfer zu ersparen. Jeder verfläumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gen. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Nr. 34.

Die erste deutsche Note an den Präsidenten Wilson vom 3. Oktober 1918.

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Vorhaben in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anhörung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in den Luft herbeizuführen.

gen. Nag, Prinz von Bayern,
Reichskanzler.

Nr. 35.

Versprechung beim Reichskanzler.

Berlin, den 6. Oktober 1918

K u r z g u b

Zusatz:

Reichskanzler,
Graf Köber, von
Dapper,
Ergbergert,
Goeber,
Schreibmann,
Soll,
Radowitz,
Deutelmeyer,
Ewald.